

Fachtagung

Für eine demokratische Ukraine

Herausforderungen für Europas Politik in Osteuropa

Dienstag, 3. März 2015, 09.00 Uhr – 16.30 Uhr (geschlossene Fachtagung)

Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstr. 8, Berlin-Mitte

Die Annexion der Krim im März 2014 und der hybride Krieg gegen die Ukraine waren die Antwort der russischen Führung auf die Euromaidan-Revolution. Sie hat damit die Europäische Union (EU) auf eine fundamentale Bewährungsprobe gestellt. Es geht für die EU dabei nicht nur darum, eine angemessene Antwort auf die Infragestellung der europäischen Friedensordnung durch Russland zu finden. Die Frage ist auch, ob die EU zum Projekt eines freien und vereinigten Europa steht und ihrer Verpflichtung für die politische und ökonomische Konsolidierung ihrer östlichen Nachbarstaaten gerecht wird, die sich auf den Weg zu Rechtsstaat und Demokratie gemacht haben.

Die politische Integration Europas steht gleich doppelt auf dem Spiel: durch den Rückfall Russlands in eine expansive Politik wie durch die innere Krise der EU. Die anhaltende Wirtschafts- und Finanzkrise hat nationale Egoismen und politische Diskrepanzen in der EU verschärft. Zugleich ist die Zuspitzung des Konflikts um die Ukraine ein Test auf die außenpolitische Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft. Wenn sie als europäische Ordnungsmacht versagt, wird das die inneren Fliehkräfte noch verstärken.

Der öffentliche Teil der Tagung diskutierte die Antwort Europas auf die russische Intervention in der Ukraine. Wie interpretieren wir diesen Konflikt? Was können wir tun, um die Ukraine auf ihrem schwierigen Weg nach Europa zu unterstützen, welche Optionen gibt es gegenüber Russland? Ebenso steht die innenpolitische Entwicklung der Ukraine ein Jahr nach der Flucht Janukowitschs auf dem Prüfstand: Wie kommt die politische und wirtschaftliche Erneuerung voran - und welche Bedeutung hat der Erfolg der ukrainischen Reformbewegung für Europa und Russland?

Die Fachtagung am zweiten Tag beschäftigt sich mit einer Neuausrichtung der europäischen Osteuropa-Politik als Konsequenz auf die Ukraine-Krise:

- Welche grundsätzlichen Veränderungen ergeben sich für die europäische Außen- und Sicherheitspolitik gegenüber den östlichen Nachbarn und Russland?
- Wie können ökonomische Modernisierung, politische Demokratisierung und sozialer Ausgleich verbunden werden? Welche Erfahrungen aus den östlichen Beitrittsländern der EU kann sich die Ukraine zunutze machen?
- Welche energiepolitischen Notwendigkeiten ergeben sich aus den Erfahrungen mit der Ukraine-Krise? Wie muss eine europäische Energiepolitik aussehen, die zugleich umweltpolitische und sicherheitspolitische Bedürfnisse berücksichtigt?
- Wie schafft es die EU, gleichzeitig ihre Binnenkrise und die Herausforderungen in Osteuropa in den Griff zu bekommen? Wie lassen sich die unterschiedlichen Interessen und strategischen Präferenzen der EU-Mitgliedsstaaten ausgleichen?

Programm

- 09.00 Registrierung
- 09.30 Eröffnungsdiskussion
Die Neuausrichtung der EU Osteuropapolitik
 Welche Folgen hat die Ukraine-Krise für die europäische Außen- und Sicherheitspolitik in Bezug auf die östlichen Nachbarn der EU und gegenüber Russland? Wie kann eine mehr konzertierte europäische Politik gegenüber den östlichen Nachbarn und Russland aussehen?
- Thesen von:
Ivan Krastev – Vorstand, Center for Liberal Strategies, Sofia
Rebecca Harms – MdEP, Ko-Vorsitzende, Die Grünen/EFA, Brüssel
 Moderation: **Ralf Fücks** – Vorstand, Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin
- 10.30 Kaffeepause
- 11.00 Panel
Das Verhältnis von Ökonomie und Demokratie in der neuen europäischen Osteuropapolitik
 Die Erfahrungen in den östlichen Nachbarschafts- und Beitrittsländern hat gezeigt, dass ökonomische Transformation mit Rechtsstaatlichkeit und sozialem Zusammenhalt einhergehen muss.
- Wer sind die Träger und Akteure einer demokratischen Transformation in der östlichen Nachbarschaft der EU?
 - Wie muss eine Nachbarschafts- und Beitrittspolitik der EU aussehen, die zum Ziel hat, ökonomische Modernisierung und Demokratie in Einklang zu bringen?
 - Wie kann die EU dazu beitragen, dass ökonomischer Strukturwandel und finanzielle Konsolidierung in den Nachbarstaaten der EU nicht neue soziale Ungleichheiten produzieren, die das Projekt der europäischen Integration untergraben? Welche Lehren für die Ukraine lassen sich aus den Erfahrungen in den Beitrittsländern in Mittel-Osteuropa ziehen?
- Yevgenia Belorusets** – Filmemacherin, Kiew, Berlin
Heidi Hautala – Ministerin a. D., MdEP, Stellvertretende Vorsitzende, Die Grünen/EFA, Brüssel
Veronika Movchan – Direktorin, Centre for Economic Studies, Institute for Economic Research and Policy Consulting, Kiew
Sebastian Pióciennik – Koordinator des EU Programms, The Polish Institute of International Affairs, Warschau
 Moderation: **Walter Kaufmann** – Leiter, Osteuropa Referat, Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin
- 12.30 Mittagessen

13.30

Panel

Die Rückwirkungen des Ukraine-Krieges auf die europäische Energiepolitik

- Neue Herausforderungen und Rahmenbedingungen: Wie wird sich die Energiepolitik der EU und ihrer Mitgliedsstaaten ändern?
- Alle an einem Strang? Wie unterscheiden sich die regionalen Perspektiven?
- Interdependenz oder Unabhängigkeit: Welche Zielsetzung sollte die europäische Energiepolitik gegenüber Russland verfolgen?
- Ökologie versus Energiesicherheit? Gerät die Energiewende in Europa durch die Krise ins Hintertreffen?

Stefan Bößner – Unabhängiger Energieexperte, Wien

Benedek Jávor – MdEP, Die Grünen/EFA, Brüssel

Kirsten Westphal – Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Ernest Wyciszkievicz – Stellvertretender Direktor, Zentrum für den Polnisch-Russischen Dialog und Verständigung, Warschau

Moderation: **Eva van de Rakt** – Büroleiterin, Heinrich-Böll-Stiftung, Prag

15.00

Kaffeepause

15.30

Abschlussdebatte:

Wo liegen die Prioritäten? Perspektiven für die östliche Nachbarschaftspolitik und die Weiterentwicklung der EU

- Wie lassen sich die Herausforderungen, mit denen sich die EU in Mittel-Osteuropa konfrontiert sieht, mit den anderen großen Anforderungen vereinbaren, denen die EU gegenübersteht: Stabilisierung der Eurozone und nachhaltiges Wachstum, Stärkung der europäischen Demokratie, Weiterentwicklung der GASP?
- Wie können die unterschiedlichen Interessen und strategischen Präferenzen in der EU unter einen Hut gebracht werden?

Resümee der Tagung und einleitende Thesen von:

Daniela Schwarzer – Leiterin des Europa Programms, The German Marshall Fund of the United States, Berlin

Francisco de Borja Lasheras – Stellvertretender Direktor des Büro Madrid, ECFR, Madrid

Natalie Nougayrède – Journalistin, The Guardian, London

Janusz Reiter – Botschafter a. D., Vorsitzender, Center for International Relations, Warschau

Manuel Sarrazin – MdB, Bündnis 90/Die Grünen, Berlin

Moderation: **Christine Pütz** – Referentin, Referat EU/Nordamerika, Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin

16.30

Ende der Tagung